



Nueva Nicaragua *Informe*

15. Jahrgang

Oktober 2018

Nr. 162

Wir wollen Frieden

Von Wolfgang Herrmann

Das ist die Forderung der Mehrheit der nicaraguanischen Bevölkerung, vor allem derjenigen, die den christlichen, sozialistischen und solidarischen Weg in Nicaragua fortsetzen wollen. Sie wollen arbeiten, lernen, gesund sein, Urlaub machen und das Land voranbringen. Der Putsch, der verhindert werden konnte, hat das Land zurückgeworfen. Viele seiner Pläne, darunter auch das Kanalprojekt, mussten neuen Prioritäten weichen.



Das Foto wurde von Prensa Internacional Nicaragua zur Verfügung gestellt

Die nicaraguanische Bevölkerung hat ihre Arbeit wieder aufgenommen und strebt danach, in ein friedliches Leben zurückzukehren, obwohl die Terrorbanden ihr schändliches Werk noch nicht beenden wollen.

Die Nationale Polizei veröffentlichte einen Bericht über illegale Märsche in Managua. Am 2. September beschossen Terroristen die Büros von Movistar, warfen Molotow-Cocktails und setzten Flammenwerfer ein. Dabei verletzten sie zwei Polizisten. Am 15. September attackierten Terroristen Wohnungen mit Flammenwerfern und Steinen. Es gab einen Verletzten. Am 23. September attackierten Terroristen Familien und deren Wohnungen mit Feuerwaffen, Flammenwerfern und Steinen. Zwei Männer wurden dabei verletzt, einer starb an den Verletzungen. Die Polizei gab bekannt, dass die Taten verfolgt und die Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Bisher wurden 204 Menschen festgenommen. Die Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden der Nationalversammlung veröffentlichte einen Bericht, in dem die Vorwürfe von selbsternannten Menschenrechtlern über Misshandlung, Folter und Vergewaltigung für unhaltbar erklärt und zurückgewiesen werden. Parallel zu diesem Bericht veröffentlichte das Innenministerium Fotos über die Strafvollzugsanstalten und die darin wegen Terrorvorwurfs Inhaftierten.

Der Außenminister Nicaraguas Denis Moncada Colindres ging in seiner Rede auf der 73. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 1. Oktober 2018 auf die Ereignisse in seinem Land ein. Er warf der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen vor, die Straffreiheit für die illegalen Demonstrationen, die in Gewalt und Scheußlichkeiten ausarteten, zu verteidigen und zu befördern sowie den Terrorismus, den Nichtregierungsakteure auslösten, zu vernachlässigen. Er verteidigte den Standpunkt, dass die Polizei seines Landes die Pflicht hat, die gesamte Bevölkerung zu schützen, denn die Menschenrechte gelten für alle Bürgerinnen und Bürger, nicht nur für Terroristen. Er bezeichnete die Behauptungen der Gegenseite, dass alle Demonstrationen in Nicaragua friedlich waren, als Märchen.

Das Innenministerium veröffentlichte einen Bericht mit Fotografien über die Schäden und Verluste, die durch die Putschterroristen entstanden sind:

- 199 Todesopfer, darunter 23 ermordete Polizisten;
- Hunderte verletzte, entführte und gefolterte Bürgerinnen und Bürger, darunter 401 verletzte Polizisten (Schussverletzungen), davon 58 Polizistinnen und 343 Polizisten;
- geplante und provozierte Plünderungen, um Engpässe zu erzeugen;
- Straßensperren, mit Gewalt aufgebaut und besetzt, um den Personen- und Güterverkehr zu behindern, Engpässe zu erzeugen, die Rechte auf Arbeit, Bildung und Gesundheitsbetreuung zu verletzen;
- 252 beschädigte und zerstörte Gebäude, 209 Kilometer zerstörte Straßen und Autobahnen;

- 278 beschädigte, zerstörte und verbrannte LKW und Busse, 389 zerstörte PKW;
- 7 Milliarden Reduzierung des Staatshaushaltes der Republik;
- 205,4 Millionen US-Dollar Kosten der Zerstörung im öffentlichen Sektor;
- 231 Millionen US-Dollar Verluste im Tourismussektor;
- 525 Millionen US-Dollar Verluste im Transportsektor;
- 119.567 Arbeitslose.

Nicaragua, die FSLN und Präsident Comandante Daniel Ortega können mit der Solidarität vieler in der Welt rechnen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es die Solidarität mit Nicaragua. Die Wandbildinitiative „Mein Dorf Monimbó“ ist aktiv und in der Grundschule am Berliner Wilhelmsberg fand eine Veranstaltung in Anwesenheit der nicaraguanischen Botschafterin Karla Beteta und des Stadtteilbürgermeisters Michael Grunst von der Partei DIE LINKE statt, auf der eine Vereinbarung zum Erhalt des Wandbildes „Volksfest in Monimbó“ der Schule unterzeichnet wurde.



Foto: Klaus Baltruschat

Es ist gut, dass es in Europa Linke gibt, die sich mit den Linken Lateinamerikas und der Karibik verbünden. Die Ständige Kommission der Parlamentarier Lateinamerikas und Europas tagte im September in Wien. Sie veröffentlichte eine gemeinsame Erklärung. Die Unterschrift einer/eines deutschen Linken fand ich leider nicht.

Das ist schade, denn die Europäische Union gehört neben den USA zu den schärfsten Gegnern der linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik. Ihre Kommission und die Regierungen der EU-Mitgliedsländer beteiligen sich mehr oder weniger an der Ausbeutung und Unterdrückung der lateinamerikanischen und karibischen Völker. Dem müssen wir unsere Solidarität entgegenstellen.

Das ist ein Volk, das sich weder verkauft noch beugt

La Voz del Sandinismo, Foto: CCC Cesar Perez



Der Präsident der Republik Comandante Daniel Ortega betonte am 29. September auf einer Großveranstaltung für Frieden, Gerechtigkeit und Leben, die auf der Avenue „Von Bolívar bis Chávez“ stattfand, dass sich das nicaraguanische Volk von den politischen Einmischungsbestrebungen derjenigen, die den historischen und moralischen Wert unseres Landes vergessen haben, nicht einschüchtern lässt. „Das ist ein Volk, das sich weder verkauft noch beugt“, rief er aus.

Weiter sagte er, dass Nicaragua einen siegreichen September erlebte. Auch der Oktober wird siegreich sein, „denn in jedem Monat des laufenden Jahres

werden wir alle an die Dinge erinnert, die wir nicht vergessen werden, die noch präsent sind. Wir verbeugen uns im Gedenken an die Helden und Märtyrer, indem wir in Verbindung von Wort und Tat den Frieden, die Sicherheit und das Wohlergehen der Familien verteidigen...“

Daniel Ortega stellte erneut die Bedeutung des gemeinsamen Handelns fest. „Wir sind dem Frieden verpflichtet. Und diese Verpflichtung verwirklichen wir über die Versöhnung. Wir müssen die Versöhnung weiterhin praktizieren. Das ist über einen wirklichen Dialog möglich. Damit sichern wir den Frieden in Nicaragua, damit sich die Ereignisse des Terrors, wie sie das Volk in den letzten Monaten erlebte, nicht wiederholen.“

„Wir müssen den Frieden sichern und bestätigen, dass dies ein Volk mit einer großen moralischen Stärke, mit einer großen Würde und mit dem Stolz, Nicaraguaner zu sein, ist. Das alles gibt uns die Moral, um diese Umzüge für Frieden und Gerechtigkeit durchzuführen, friedliche Umzüge, bei denen keine Steine fliegen... Das macht uns mächtig. Erwachsene, Jugendliche und Kinder, sie alle marschieren zusammen unter der Sonne, unter dem Regen, so, wie Mahatma Gandhi, als er für die Unabhängigkeit Indiens kämpfte. Wir können stolz darauf sein, dass eine immense Mehrheit der Nicaraguaner für den Frieden ist und ihn bis zur letzten Konsequenz verteidigt.“

Der Präsident sandte eine Botschaft an diejenigen, die versuchen, die Entwicklung Nicaraguas, Venezuelas und aller Nationen, die das Wohlergehen ihrer Völker wollen, zu bremsen. „Die nordamerikanischen Kongressabgeordneten müssen begreifen, dass dieses Volk sich weder verkauft noch beugt... Sie müssen begreifen, dass die Einmischungspolitik, dass dieser Weg, ihnen nie den Respekt und die Liebe der nicaraguanischen Bevölkerung einbringen wird. Sie werden auch nicht die Achtung der internationalen Gemeinschaft erringen, denn sie werden das nicaraguanische Volk nicht lähmen; ein Volk, dass eine große kreative und produktive Fähigkeit hat, denn das nicaraguanische Volk ist ein arbeitsames Volk, es hat fruchtbare Böden, um seine Kraft zu entwickeln.“

Ortega erinnerte auch daran, dass verschiedene ausländische Mächte versuchen, sich in das tägliche Leben jener freien Länder einzumischen, die soziale Projekte durchführen... Sich einzumischen ist also nicht nur eine Praxis der USA. Es ist eine Praxis aller derjenigen, die sich mächtig fühlen, die die großen Niederlagen vergessen haben, die sie erlitten haben, als Afrika rebellierte und die Kolonialisten besiegte.

In seiner Rede ging der nicaraguanische Präsident auch auf die 73. Vollversammlung der Vereinten Nationen ein... Er hob die Auftritte der Bruderpräsidenten hervor, die ebenfalls gegen die imperialistische Einmischung kämpfen. „In den Vereinten Nationen waren die Stimmen unserer Völker zu hören, als Bruder Nicolás Maduro aus Venezuela, der Präsident Kubas Miguel Díaz-Canel und Evo Morales aus Bolivien sprachen. Sie erhoben die Stimme der Völker Unseres Amerikas. Ortega machte darauf aufmerksam, dass die UNO ihre Rolle in einer Zeit, die von Kriegsgefahren zerrissen ist, nicht erfüllt. Die Organisation nennt sich zwar Vereinte Nationen, ist aber weit davon entfernt, eine solche zu sein. Auf dem Planeten gibt es Teilung. Auf der einen Seite ist der Reichtum konzentriert, auf der anderen die Armut. Das ist die Wahrheit. Und weil es keine Gerechtigkeit gibt, kam die besitzergreifende Politik daher, um noch mehr Völker zu beherrschen und sie unter die Kontrolle der Reichsten zu bringen. Leider ist diese Praxis nicht verschwunden, seitdem die Vereinten Nationen nach dem II. Weltkrieg gegründet wurde. Es gibt weiterhin Kriege, Aggressionen und Invasionen. Es gibt weiterhin keinen Respekt vor den Prinzipien der Vereinten Nationen. Es gilt weiter das, was als Recht des Stärkeren bekannt ist... Das alles bringt dem Planeten Erde nur noch mehr Schmerz, mehr Leiden.“

Ortega setzte fort: „Je mehr Anstrengungen wir unternehmen, um weniger in die atomare Rüstung zu investieren, desto mehr rüsten sie auf. Es gibt Verträge, aber sie erfüllen sie nicht. Sie werfen Atombomben auf entfernte Städte, wie auf Hiroshima und Nagasaki... Der nicaraguanische Staatsmann erinnerte daran, dass Tausende Menschen ihr Leben bei diesen verbrecherischen Akten verloren. Mehr als 200.000 verloren ihr Leben und Tausende erlitten Verletzungen, die sie für ihr ganzes Leben zeichneten.

In den Vereinten Nationen wird vom Frieden gesprochen, aber leider tun diejenigen, die die große militärische und wirtschaftliche Macht haben, wenig dafür, um den Frieden in der Welt zu erhalten, um Aktionen gegen die Not und das Elend zu ergreifen, um die Natur und die Wälder, Flüsse, Seen und Meere zu retten. Sie tun wenig dafür. „Es gibt Verträge, aber sie erfüllen sie nicht. Die Bevölkerung des Planeten Erde wächst weiter. Es wächst aber auch die Zerstörung des Planeten. Die Bevölkerung wächst, ohne Grundvoraussetzungen zu haben, in Würde zu leben. Das ist die Wirklichkeit dieser Organisation, die sich Vereinte Nationen nennt.“

Ortega erinnerte an Punkte der Geschichte, auf denen der Planet geteilt war. Und diese Teilungen brachten nur Tote, Armut und unersetzliche Schäden für die Menschheit. „In diesem Jahr jährt sich zum 100mal das Ende des I. Weltkrieges. Mit diesen Kriegen entstanden die entwickelten Länder, die

reichsten Länder der Epoche. Der I. Weltkrieg begann in Europa mit einem Kampf um die Vorherrschaft auf dem Planeten, mit einem ständigen Kampf unter den Imperien. Der II. Weltkrieg begann ebenfalls in Europa. Er wurde vom faschistischen Naziterror Hitlers angezettelt. Auch er war durch terroristische Aktionen in der Praxis gekennzeichnet... Die extreme Rechte und das große Kapital unterstützten den faschistischen Putsch... Darauf folgte das Abenteuer, die Welt beherrschen zu wollen... Das führte zum II. Weltkrieg und dann zur Schaffung der Organisation der Vereinten Nationen, die auch nicht die grundlegenden Normen und Prinzipien respektiert.

Die Opfer sind die Völker. Das Sterben, die Kriege und die Bedrohungen gehen weiter. Sie bedrohten Venezuela, nachdem sie unseren Bruder Maduro ermorden wollten. Die Mehrheit der Länder lehnt diese Politik ab, aber einige halten sie hoch. Es sind diejenigen, die die Blockade gegen Kuba gutheißen. Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die die Regierung der USA gegen die Karibikinsel betreibt, wird eine schlagkräftige Antwort in diesem Jahr 2018 haben. In diesem Jahr werden 99,9 Prozent der Mitgliedsländer gegen die Blockade stimmen...“

Ortega sagte, dass auch die Stadt New York in sehr Reiche und sehr Arme geteilt ist. „In der Stadt gibt es großen Reichtum, aber auch große Armut und viel Elend. So ist das in allen reichen Ländern... Als Rubén Darío in New York war, beschrieb er die Straßen New Yorks. Neben dem Reichtum sah er die Armen, die unter den Brücken und auf den Bürgersteigen schliefen. Im Winter suchten sie Wärme, als Schnee fiel... Die Armen erfroren, erzählte Rubén.“ Die Armen erfroren, zitierte Comandante Daniel auf der Avenue...

ale/jos

Gemeinsame Erklärung der Linken aus Wien

Prensa Internacional Nicaragua: Izquierda EUROLAT Vienna 2018

Wir Parlamentarier und Parlamentarierinnen der Linken Lateinamerikas, der Karibik und Europas, die wir uns im Rahmen der Beratungen der Ständigen Parlamentarischen Kommissionen EUROLAT vom 17. bis 20. September 2018 in Wien versammelt haben, erklären:

Wir verurteilen die imperialistische Offensive in Lateinamerika, die juristische, politische und mediale Verfolgung und die Kampagnen der Kriminalisierung, denen die fortschrittlichen Anführer wie Compañero Lula da Silva, Rafael Correa oder Cristina Kirchner ausgesetzt sind, mit dem Ziel, ihre Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen zu verhindern.

Wir erklären unsere Solidarität mit dem brasilianischen Volk angesichts der schweren demokratischen Krise und des Angriffs auf die brasilianische Verfassung, die man in Brasilien seit dem verübten Putsch gegen die Präsidentin Dilma Joussef erlebt. Wir rufen das brasilianische Volk auf, bei den kommenden Wahlen am 4. Oktober eine ablehnende Antwort auf die Gefahr der Rückkehr zur Diktatur und zur aktuellen neoliberalen Politik zu geben.

Wir lehnen die Angriffe auf Venezuela und die vielfältigen Maßnahmen gegen seine politische und wirtschaftliche Souveränität, die durch die USA und die Europäische Union zusammen mit den Verbündeten in Lateinamerika und der Karibik ergriffen wurden sowie die Verschärfung der Sanktionen mit den brutalen Folgen für die Bevölkerung ab. Gleichermassen verurteilen wir die Verfälschung des Problems der Wirtschaftsmigration in der Region, um eine ausländische Intervention zu rechtfertigen. Wir verurteilen entschieden die verantwortungslosen kriegshetzerischen Worte des Herrn Almagro, Generalsekretär der OAS, mit denen er zu einer militärischen Intervention aufmuntert. Wir erklären erneut, dass Lateinamerika ein Gebiet des Friedens sein muss.

Wir verurteilen die kriminelle und fremdenfeindliche Handhabung der Migration durch die EU, konkret im Mittelmeer, bei der die Rettungssysteme demontiert und durch die Militarisierung der Grenzen, die Unterdrückung der Zuflucht suchenden Migranten und der zivilen Hilfsorganisationen auf dem Meer ausgetauscht werden. Wir verurteilen die Weitervergabe der Zuflucht Suchenden, die wegen der Kriege, die Europa und die USA angezettelt haben, aus ihren Ländern fliehen, an Drittländer wie die Türkei und Libyen.

Wir verstehen, dass die Migration heute ein globales Problem ist, dessen Ursache die Politik der Aggression und der Ausbeutung durch den Imperialismus ist. Nach den Angaben von ACNUR sind heute auf der ganzen Welt 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Davon sind 28,5 Millionen Zuflucht Suchende und um Asyl Bittende. Die weiteren 40 Millionen sind Inlandflüchtlinge. All fliehen vor Krieg, Hunger und verschiedener Gewaltanwendung. Die Mehrzahl derjenigen, die keine andere Wahl sehen, als das Land zu verlassen, riskiert ihr Leben. Sie sind leichte Opfer der Erpressung, der organisierten kriminellen Netze und der gesamten Unmenschlichkeit. Wir verteidigen aus Achtung vor den Migranten, dass die grundlegenden Ursachen wie Krieg und Armut bekämpft werden und eine Politik der Friedens, der Zusammenarbeit, der Freundschaft und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung betrieben wird.

Wir begleiten die Bruderländer Boliviens und Chiles auf einem Ausweg, mittels Dialog die Differenzen wegen des Meereszugangs beizulegen und damit einen Beitrag für den Frieden der Region zu leisten.

Wir bedauern die Aufmarschpolitik der NATO an den Grenzen zu Russland, die zu einer eskalierenden militärischen Gefahr für einen unserer Nachbarn beiträgt. Wir lehnen die Verstärkung des Militarismus in der Europäischen Union ab. Wir fordern die EU-Mitgliedsstaaten und die USA auf, ihre Einmischungspolitik im Mittleren Osten, in Nordafrika, in Lateinamerika und der Karibik zu beenden.

Wir lehnen die demokratischen, sozialen, arbeitsmäßigen und wirtschaftlichen Rückschritte in Ecuador gegenüber den Fortschritten der Bürgerrevolution ab. Wie lehnen die Verfolgung der Funktionäre des öffentlichen Dienstes, der Journalisten und Akademiker aufgrund ihrer Opposition zur aktuellen Regierung ab. Wir fordern die Verantwortlichen auf, dass sie das Recht auf politische Teilnahme der Mitglieder der Bürgerrevolution respektieren und deren momentanen Absichten, sich als politische Bewegung registrieren zu lassen, nicht zu behindern und zu blockieren. Wir lehnen die Versuche der USA, die ecuadorianische Souveränität mittels des falschen Vorwurfs des Kampfes gegen den Drogenhandel zu durchbrechen, entschieden ab.

Wir warnen davor, mittels einer globalen Paranoia über „Desinformation“ und der Verfolgung von Medien, die nicht mit der dominierenden westlichen Berichterstattung übereinstimmen wie RT, TeleSur u.a., einen Angriff auf das Recht der Völker, sich frei zu informieren, zu starten.

Wir solidarisieren uns mit der Bevölkerung Nicaraguas und Comandante Daniel Ortega Saavedra, verfassungsmäßiger Präsident, der einem Putschversuch ausgesetzt war. Wir verurteilen all diejenigen, die die Souveränität und die Interessen des nicaraguanischen Vaterlandes infrage stellen und auf Destabilisierung setzen. Wir verurteilen diejenigen, die die Kriminellen und Vandalengruppen lenken, um Terror- und Gewaltakte zu verüben und dem nicaraguanischen Volk über drei Monate lang den Frieden zu rauben. Wir begleiten mit ganzer solidarischer Kraft die Bevölkerung in ihrer Forderung nach Gerechtigkeit für die Bürger und Polizisten, Verschleppten, Gefolterten und Ermordeten. Wir vereinen uns im Kampf gegen die Einmischung von außen und für die Aufrechterhaltung der Souveränität Nicaraguas. Wir beglückwünschen das nicaraguanische Volk zu dem Heldenmut, der Gewalt zu widerstehen und jeden Tag aufs Neue den Frieden zu gewinnen.

Wir fordern für das Volk von Honduras Stabilität, welche seit 2009 mit dem Putsch gegen den verfassungsmäßigen Präsidenten Manuel Zelaya unterbrochen wurde. Seitdem ist Honduras Opfer der Ungerechtigkeit und Straffreiheit, der Verfolgung von Politikern, Journalisten, sozialen Anführern und Studenten. Diese Aktionen nahmen mit den vor kurzem durchgeführten und ernsthaft umstrittenen Präsidentschaftswahlen zu. Wir verbünden uns mit dem Volk und fordern die Achtung seiner politischen und Menschenrechte, die Erhaltung der Institutionalität und des Friedens.

Wir bekräftigen erneut unseren Einsatz für den Aufbau einer realen Artikulation der lateinamerikanischen und karibischen Integration und betonen die Notwendigkeit, die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) zu stärken, um sie in einen dynamischen Motor der politischen Änderungsprozesse zu verwandeln, der fähig ist, die imperialistischen und einmischenden Pläne und Strategien zu zerschlagen.

Wir sind besorgt über das Anwachsen der faschistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Bewegungen und extremen Rechtsparteien in den europäischen Ländern und verurteilen sie. Sie sind das Ergebnis der Politik der Kürzungen und Verarmung der EU.

Wir verurteilen die Degradierung der Demokratie in Kolumbien nach den Wahlen und die wachsende Aggression und Ermordung politischer und sozialer Anführer und fordern erneut die Einhaltung der Friedensverträge in Kolumbien. Wir erwarten vom kolumbianischen Staat, dass er diesen Vertrag erfüllt und beglückwünschen die FARC-EP (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) zu ihren Friedensbemühungen und ihrer Vertragserfüllung. Auf gleiche Weise unterstützen wir die Friedensverhandlungen mit der ELN (Nationale Befreiungsarmee) Kolumbiens.

Wir lehnen die Verfolgung der politischen und sozialen Anführer in Argentinien, die historischen Überschuldung des Landes, die Wende des IWF, die „Strukturanpassung“ der Bildung und des Gesundheitswesens, der Wissenschaft und Technologie, die Angriffe auf die Dozenten, Studenten und Rentner, die Zerstörung des produktiven Apparats und der nationalen Industrie, speziell der Pymes (Klein- und Mittelproduzenten) ab. Wir fordern Freiheit für Milagro Sala, Abgeordnete des PARLASUR, argentinische soziale Anführerin und politisch Gefangene, weil sie die Rechte der einfachen und vernachlässigten Bereiche in ihrem Land verteidigt.

Wir unterstreichen unsere Solidarität und Unterstützung für all diejenigen, die ein Europa verteidigen, das die Souveränität der Völker respektiert und

den Neoliberalismus und Militarismus ablehnt. Wir unterstreichen unsere Solidarität und Unterstützung für all diejenigen, die ein Europa der effektiven Zusammenarbeit zwischen souveränen und gleichberechtigten Staaten verteidigen, das den sozialen Fortschritt, den Frieden und die Freundschaft mit allen Völkern der Welt speziell mit den Völkern Lateinamerikas und der Karibik befördert.

Wir lehnen die Aushandlung und Unterzeichnung der internationalen Handelsverträge ab, die versuchen, die Liberalisierung der Wirtschaft, die Privatisierung der öffentlichen Dienste und die Schutzlosigkeit der Arbeiter und des Mittelstandes zu vertiefen und das private Wohl innerhalb eines globalen Modells des freien Handels und der freien Investitionen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Konzentration und Deregulierung gegenüber der Souveränität der Völker und die Demokratie zu bevorzugen.

Wir verurteilen die fehlende Transparenz bei den Verhandlungen um die Handelsverträge EU–MERCOSUR, der neuen Verträge der Assoziationen EU–Chile und EU–Mexiko sowie die geringe oder Null–Teilnahme der Parlamente und Zivilgesellschaften.

Wir halten uns daran, dass jeder Wirtschaft– oder Handelsvertrag auf den Praktiken des gerechten und nachhaltigen Handel beruht, der sich auf dem richtigen Weg der Beendigung der asymmetrischen Volkswirtschaften befindet, der zu jeder Zeit das Recht auf Regulierung der Wirtschaft und öffentliche Kontrolle der strategischen Bereiche bei voller Souveränität der Länder respektiert und der verbindliche und effektive Klauseln auf den Gebieten der nachhaltigen Entwicklung und der Menschenrechte einschließt.

Wir lehnen die Bilateralen Investitionsverträge (TBI) ab, die die Souveränität der ALC–Länder (Länder Lateinamerikas und der Karibik) untergraben und die Straffreiheit der transnationalen Konzerne bei der lebensbedrohlichen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und Interessen der lateinamerikanischen und karibischen Völker vor allem durch die Klausel der Lösung von Kontroversen außerhalb des geschädigten Landes durch internationale Schiedsgerichte garantieren. Das ist der Fall bei der unverantwortlichen und arglistigen Tätigkeit des nordamerikanischen Konzerns Chevron, der mehr als 30.000 indigenen Einwohnern von 11 der 14 Nationalitäten Ecuadors Schaden zufügte; der mehr als 16.000 Gallonen (eine Gallone entspricht 3,79 Liter) vergiftetes Wasser ausfließen ließ; der Hunderte Erdölausflüsse auslöste, die mehr als 450.000 Hektar Regenwald am Amazonas verseuchten und hunderte Krebsfälle verursachten. Wir verurteilen die Versuche von Chevron, dem ecuadorianischen Staat zu schaden und in Komplizenschaft

mit der aktuellen Regierung die geschädigten Gemeinden ohne Ausgleich und Wiedergutmachung allein zu lassen. Wir verurteilen das verlogene Urteil eines Schiedsgerichtes.

Wir begrüßen den breiten demokratischen Prozess, der aktuell in Kuba als Teil der Volksbefragung zur Verfassungsreform stattfindet. Wir fordern die bedingungslose, totale und endgültige Aufhebung der Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade der USA-Regierung gegen Kuba und die Entschädigung des kubanischen Volkes für die Schäden, die dadurch in den mehr als 50 Jahren entstanden sind. Außerdem fordern wir, dass Kuba das durch die US-Kriegsmarine okkupierte Territorium von Guantánamo zurückgegeben wird.

Wir lehnen die internationalen finanziellen Boykottmaßnahmen des IWF gegen Uruguay als Versuch der inakzeptablen Erpressung ab, mit dem er seine Politik der Regulierung und Kontrolle des Cannabisanbaus, der vom uruguayischen Parlament in souveräner Weise beschlossen wurde, verschleiern will.

Wir verurteilen die strenge Politik, die in Lateinamerika, der Karibik und Europa die soziale Ungleichheit, die Ungleichheit der Geschlechter, die Arbeitslosigkeit, die Armut, die prekäre Beschäftigung und Ausbeutung der Arbeit sowie ihrer Folgen anwachsen lässt.

Wir erneuern unsere Verpflichtung, mit dem neoliberalen Modell abzuschließen, das entworfen wurde, um den Reichtum in wenigen Händen zu konzentrieren und der immer mehr Arbeiter unserer Länder verarmen lässt und den Raubbau an den natürlichen Ressourcen vertieft, was zur Beschleunigung des Klimawandels führt.

Wir erneuern unsere Verpflichtung für einen Wechsel zu einem Produktionsmodell, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt und dessen Grundpfeiler die Ernährungssouveränität, das Recht auf Grund und Boden für alle Völker der Welt und eine Form, uns respektvoll gegenüber der Umwelt zu verwirklichen, sind. Wir verpflichten uns, dazu eine kollektive und breite Debatte anzustoßen, die alle Völker in allen Bereichen, in denen wir präsent sind, einbezieht.

Wir schließen mit der Verpflichtung, dass wir überall in Lateinamerika, der Karibik und in Europa die breitere und solidere Einheit, Mitwirkung und Zusammenarbeit der linken Kräfte vorantreiben müssen.

Die gemeinsame Erklärung wurde von Abgeordneten der Linksfraktionen Europas und Lateinamerikas: Vereinte Europäische Linke – Nordische Grüne Linke; Fortschrittsfraktion des PARLASUR (Südamerikanisches Parlament); Parlamentarier der Linken des PARLATINO (Lateinamerikanisches Parlament); Parlamentarier der Linken des PARLACEN (Mittelamerikanisches Parlament); Parlamentarier der Linken des PARLANDINO (Andenparlament) unterschrieben.

Siegreicher September in Stockholm

Prensa Internacional Nicaragua



Mit einer Informations- und Kulturveranstaltung am 29. September begingen Vertreter der ALBA-Mitgliedsländer und Verantwortliche von Solidaritätsorganisationen in Stockholm, Schweden, den siegreichen September. Auf der Veranstaltung wurden Videos vorgeführt, die die Anstrengungen der Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit zeigten, um den Frieden und die sozialökonomische Entwicklung des Landes zu konsolidieren. Am Programm nahmen die Sänger Alejandro Arevalo, Manolo Pez, Eveling Cornejo und die nicaraguanische Tänzerin Martha Fonseca teil.

Martha Fonseca führte den Folkloretanz „Los dos Bolillos“ auf, der die kulturelle Schönheit der Erde Sandinos und Daríos wiedergibt.

Die Pflicht der Justiz

Santiago Molina auf La Voz del Sandinismo

... Wir müssen die Pflicht erfüllen, dass kein Verbrechen, das nach dem 18. April (2018) geschah, ohne Strafe bleibt. Das Andenken der Opfer darf nicht vergessen werden. Das ist die Lektion, die García Márquez uns hinterließ, als er am Sarg der Großmutter schrieb: „Es ist die Stunde gekommen, um damit abzurechnen, was geschah, bevor die Geschichtsschreiber kommen.“

Wenn es keine Gerechtigkeit gibt, dann ist das so, als ob die Barbarei der putschenden Rechten nie geschehen wäre. Ihre Geschichtsschreiber würden sofort behaupten, dass die vielen Opfer bei irgendeiner Revolte, in einer verschwommenen Aktion umkamen, wie niedergetretene Blümchen am Rande des Weges, die kaum in den Chroniken der Epoche beachtet werden. Letztendlich rechtfertigte für sie die Absicht, die Regierung zu stürzen, die Mittel, um zu morden und die Wirtschaft eines Landes zu ruinieren, das auf dem Marsch in die Zukunft war. Aber nach dem gescheiterten „sanften“ Putsch, folgt jetzt der harte Schlag der Justiz. Es muss alles bezahlt werden, was geschehen ist; sowohl auf den Barrikaden als auch im Inneren der Kirche. Es muss Gerechtigkeit walten, damit nichts vergessen wird. Die Worte von Monsignore Silvio Báez, der zum Bruderkrieg aufrief, dürfen auch nicht vergessen werden. Sie bilden einen Teil des Dokuments der Barbarei. Zurzeit ist die putschende Rechte dabei, danach zu suchen, wie sie sich der Bedeutung ihrer Verbrechen entziehen kann. Sie versucht bereits, den „politischen Repressalien“ die Schuld zu geben. So, als müssten wir anerkennen, dass die verübten Ungerechtigkeiten (Entführungen, Folter, Morde) durch die Putschisten nicht auf ihr Konto gingen. Nun wollen sie auch noch, dass wir die Spuren ihrer Verbrechen löschen.

Vergessen war immer die bewährte Taktik, sich zum Sieger der Geschichte zu erklären. Sie rechnen eines guten Tages mit der Rückkehr der spanischen Chronisten. Walter Benjamin sagte, dass dieses „Unsichtbar machen“ der Verbrechen nichts Neues ist. „Es ist eine Strategie des Siegers, denn es gibt zwei Tode: den physischen Tod, aber auch den gedeuteten Tod.“

Das heißt, das Verbrechen tötet nicht nur, sondern es bemüht sich auch – und baut dafür eine ganze Strategie auf – die Bedeutung dessen, was geschehen ist, zu beseitigen, damit es so aussieht, als wäre es normal: Das ist der „gedeutete“ Tod. Nicht anders erklärt das der argentinische Philosoph Manuel Reyes Mate, der das Werk von Benjamin studierte: „Es ergibt sich, dass bei der ‚deutenden‘ Arbeit des unsichtbar Machens der Opfer die Medien und politischen Sprecher mit Hilfe irgendeines katholischen Bischofs,

der im Prinzip den Opfern näher stehen müsste als den Henkern, führend sind.“

Deshalb sind die verschiedenen Medien der Rechten dabei, den „deutenden“ Tod zu praktizieren und sie entwickeln gerade eine Kampagne, damit die Verbrecher aussehen wie Friedenstauben. Das Jammern des frühen Singvogels ist ein anderer repräsentativer Beweis des Mantels der Abstraktion, mit der die Wahrheit über die Verbrechen verdunkelt werden soll.

Einige haben den Weg ins „Exil“ genommen, ohne dass die Polizei sie tatsächlich gefangen nehmen konnte. Die sandinistische Bevölkerung fordert von den öffentlichen Plätzen aus Gerechtigkeit für die Verbrechen. Sie hören die Stimme des Volkes wie „einen Donner gemeinsamer Stimmen“, so schrieb Jaime Gil de Biedma in seinem Gedicht „Piazza del popolo“. Die puttschende Rechte erinnert sich nicht... der echten politischen Exilanten der Diktaturen, die der Imperialismus in ganz Lateinamerika sponserte. Miami ist das Zentrum der Operationen, um die Lügenmärchen dieser „heldenhaften“ Exilanten zu verbreiten. Und die Hysterie der lokalen Medien nimmt daran teil, wie dieser Kanal der Ultrarechten, der 24 Stunden am Tag irgendeine Schande verbreitet, damit die Barbarei der „friedlichen Oppositionellen“ wie eine „Eigenverteidigung“ aussieht. Das ist die historische Logik, die gebrochen werden muss, damit Gerechtigkeit für jedes einzelne Opfer herrscht.

Ein beredtes Beispiel dafür ist das, was der Überlebende von Auschwitz Primo Levi in seinem Buch „Ist das ein Mensch“ erzählt: „Ohne Gerechtigkeit werden die nachfolgenden Generationen keine Vorstellung davon haben, was geschehen ist. Ohne Erinnerung ist es vielmehr so, als wäre die Ungerechtigkeit nie geschehen und die Welt könnte sich organisieren, als ob die Barbarei nie stattgefunden hätte; als ob das Nazi-Projekt gegen die Juden gesiegt hätte und die Jugendlichen von Oswiecim spielten heute Fußball auf dem Feld von Auschwitz, als wäre nichts geschehen.“

Der Fehler der Begnadigung eines guten Tages ist ein historisches Beispiel von grundlegender Bedeutung. Kein Tod darf je vergessen werden, weil – wie Benjamin denkt – „jeder Tod und jedes Ereignis würdig sind, absolut zu sein“. Kein Verbrechen darf verdunkelt bleiben. Der Tod des Anderen, unseres Bruders, dem wir seine Würde als Opfer hier und heute wiedergeben, unterbricht die historische Fortdauer dessen was, der Imperialismus und die Oligarchie aufgebaut haben: Sie wollten die Ungerechtigkeit als Regel unserer Geschichte aufstellen.

mem

Inhalt:

Wir wollen Frieden	1
Das ist ein Volk, das sich weder verkauft noch beugt	4
Gemeinsame Erklärung der Linken aus Wien	7
Siegreicher September in Stockholm	13
Die Pflicht der Justiz	14

Redaktionsschluss: 1. Oktober 2018

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de

Internet: www.nuevanicaragua.de